



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB
Landesverband Rheinland-Pfalz



Online - Express

Newsletter der DPoIG

Ausgabe 04/2020 vom 15.11.2020

Themenübersicht

1. Corona – Polizei zwischen Politik, Gesellschaft und Wissenschaft
 - a. Pressemitteilungen der DPoIG-Bundesleitung
2. Interview mit CDU - Fortsetzung
3. DPoIG – Bericht aus dem Hauptpersonalrat

Anti-Corona-Demonstrationen „Querdenken“

Die demonstrativen Geschehnisse in Leipzig oder auch die sonstigen Versammlungen gegen Regierungshandeln stimmen nachdenklich. Die Parlamente schaffen Fakten, indem diese Gesetze erlassen, die von der Exekutive, hier die Polizeien von Bund und Ländern durchgesetzt werden müssen und anschließend von der Jurisdiktion unseres Landes bestätigt oder beanstandet werden. Dieser Ablauf ist in einem demokratischen System wie dem der Bundesrepublik Deutschland völlig normal. Mitunter werden die Medien auch als "vierte Gewalt" bezeichnet und den drei klassischen Staatsgewalten hinzugefügt.

Der **Landesvorsitzende, Thomas Meyer**, stellt dazu fest: *„Die Polizei schlüpft immer häufiger in die Rolle des „Klempners der Republik“ und das sind wir definitiv nicht“. „Genauso wenig ist die Polizei der Spielball dieser Kräfte ähnlich wie in einem Flipperautomaten“* zeigt sich Meyer ernüchtert.

Während der Bayerische Verfassungsgerichtshof mit Beschluss vom 1. November 2020 eine Großdemonstration auf der Theresienwiese und den Demonstrationzug unterbindet, kommt das Oberverwaltungsgericht in Bautzen zu einem ganz anderen Ergebnis mit den bekannten Folgen. *„Unverantwortlich“* findet Meyer, denn so der BayVGH: *„Das Selbstbestimmungsrecht von Versammlungen findet seine Grenze in den Rechtsgütern Dritter“*.

An dieser Stelle schließt sich die DPoIG Rheinland-Pfalz der Pressemitteilung der Bundesleitung an, die hier auszugsweise wiedergegeben wird:

Krawalle in Leipzig sind das Resultat naiver und verantwortungsloser Rechtsprechung

Die in Leipzig eingesetzten Polizeikräfte haben richtig und angemessen gehandelt und das Schlimmste verhindert; für das Chaos rund um die „Querdenker-Demo“ sind andere verantwortlich, dieses Fazit zieht die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) aus den Vorgängen der Nacht zum Sonntag.

Der **DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt** kritisierte die Genehmigung der Demonstration durch das Oberverwaltungsgericht mit scharfen Worten: „Wie so oft erleben wir eine hoffnungslos naive Gerichtsbarkeit, die aus dem Elfenbeinturm der Justiz nicht auf die Realität im Land blickt und völlig unverantwortliche Entscheidungen trifft. Überall in Deutschland müssen strenge Regeln zur Bewältigung des Corona-Virus eingehalten werden und gleichzeitig wird eine Demonstration mit 16.000 Teilnehmenden genehmigt, was natürlich in der Praxis überhaupt nicht kontrollierbar oder beherrschbar ist. Wer so entscheidet, sollte anschließend nicht vergnügt ins Wochenende fahren, sondern sich beim Einsatz in die erste Reihe der Polizei stellen!“



Eine Ausnahme bildet nach Auffassung von DPoIG-Chef Rainer Wendt die SPD-Justizministerin, die die Ausschreitungen verurteilt hatte und selbstverständlich gründliche Aufklärung erwartet. **Wendt:** „Frau Lamprecht sollte mal mit ihren Parteigenossen sprechen, die schon direkt nach dem Einsatz mit Schuldzuweisungen gegen die Polizei und den sächsischen Innenminister unterwegs sind, so geht das einfach nicht, das ist plumper Parteipopulismus auf Kosten der Einsatzkräfte.“

Die Polizei zwischen Forschung und Gesellschaft

Wie steht die Polizei angesichts der medialen Berichterstattung in der Gesellschaft da?

Während die Polizei seit Jahrzehnten in der Gunst der Bevölkerung bei einer 85-prozentigen Zustimmung liegt, berichtet die Tagesschau von einem 65-prozentigem Verlangen von befragten Bürgern nach einer Rassismus-Studie in der Polizei. Als wäre es nicht schon genug kontextloser Unsinn, kommt die Ruhr-Universität Bochum mit Herrn Professor Singelstein zu einem noch unglaublicheren Urteil und die Rhein-Zeitung macht auf Seite 2 ihrer Ausgabe vom 12. November 2020 mit einem Artikel unter der Überschrift „Wie rassistisch ist die Polizei?“ daraus ein TOP-Thema. Der Landesvorsitzende Thomas Meyer kommentiert es so: **„Es reicht!“**

Die passende Pressemitteilung der DPoIG Bundesleitung folgt auf dem Fuß:

DPoIG: Angebliche Studie zu Rassismus bei der Polizei ist üble Stimmungsmache

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat auf eine Veröffentlichung der Universität Bochum reagiert, die angeblich Hinweise auf Rassismus in der Polizei liefert. Tatsächlich sind es im Wesentlichen Befragungen von Opfern, die sich selbst als solche definierten, so DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt. Statt Wissenschaft sei dies üble

Stimmungsmache, die die Arbeit Hunderttausender Polizistinnen und Polizisten diskreditiere.

*Was die Universität Bochum dort macht, ist unverantwortlich und rechtfertigt jedenfalls **keine „Rassismusstudie“** für die Polizei. Es verfestigt sich der Eindruck, dass es den Wissenschaftlern vor allem um lukrative Forschungsaufträge geht und nicht um seriöse Untersuchungen. Dass dies in einer Zeit ungeheurer Einsatzbelastungen der Polizei geschieht, macht die Kampagne noch schlimmer."*

Liebe Kollegen*innen, liebe Mitglieder der Deutschen Polizeigewerkschaft,

wir werden uns mit aller Tatkraft vor Euch stellen und uns allen in den Weg stellen, die versuchen, Euch durch den Kakao zu ziehen oder gar ausdrücklich Rassismus-Studien in der Polizei fordern. Macht Euch selbst ein Bild u.a. unter

https://www.br.de/nachrichten/bayern/polizei-gewerkschaft-tritt-allianz-gegen-rechtsextremismus-bei_SGOaBHb.

DPoIG im Gespräch mit Christian Baldauf und Dirk Herber

In der Ausgabe November 2020 des POLIZEISPIEGEL berichtet die DPoIG von einem Interview mit dem Spitzenkandidaten der CDU, Christian Baldauf sowie dem innenpolitischen Sprecher, Dirk Herber. Aus redaktionellen Gründen folgt hier die Fortsetzung des Gesprächs.

Herr Herber, wir leben in einem der freiheitlichsten Länder der Welt. Die Polizei steht als Organ der Exekutive oft als Puffer zwischen den Interessengruppen. Wo sehen Sie in diesem Zusammenhang die größten Herausforderungen für Staat und Gesellschaft?

Freiheit und Sicherheit sind zwei Grundpfeiler unserer Demokratie. Wackelt der eine Pfeiler, wird der andere auch instabil und zusammenbrechen. Deshalb garantiert die Polizei nicht nur unsere Sicherheit, sondern sie schafft damit auch die Voraussetzungen dafür, dass wir in Freiheit leben können.

Es ist deshalb auch nicht akzeptabel, dass es in verschiedenen Gruppierungen erschreckende Tendenzen gibt, nicht nur den Respekt vor staatlichen Institutionen zu unterminieren, sondern auch in Sprache und Handeln zunehmend gewaltbereiter zu werden, um eigene Positionen durchzusetzen.

In diesen Spannungsfeldern ist es umso wichtiger, dass wir auf eine starke Polizei zählen können. Mich haben die Bilder der drei Polizisten, die auf den Reichstagstreppe gestanden und Chaoten davon abgehalten haben, in die „Herzkammer unserer Demokratie“ vorzudringen, sehr beeindruckt! Daran sieht man, wie wichtig es ist, eine starke werteorientierte Polizei zu haben, die bereit ist, unsere Freiheit zu verteidigen.



Herr Baldauf, als Spitzenkandidat der CDU für die kommenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz stehen Sie unter ständiger Beobachtung. Wie gehen Sie damit um und wo stehen wir aus Ihrer Sicht im Umgang mit Fehlern in Politik, Gesellschaft und Polizei?

Wie Sie als Polizisten stehe auch ich als Abgeordneter und insbesondere als Spitzenkandidat unter ständiger Beobachtung. Daran habe ich mich gewöhnt. Wenn ich nach Hause zu meiner Familie komme oder mich abseits von dem politischen Tagesgeschäft mit Freunden treffe, kann ich wieder Kraft tanken.

Niemand ist frei von Fehlern. Mein Vater hat zu mir gesagt, wichtig ist, dass man aus Fehlern lernt. So halte ich es – und so hält es auch unsere Polizei. Denn zu den Grundprinzipien der Inneren Führung in unserer Polizei gehört eine innere Fehlerkultur, die funktioniert. Wenn Fehler, Missstände, und Vergehen passieren, werden sie selbst aus der Polizei heraus konsequent juristisch und disziplinarrechtlich verfolgt. Wichtig ist mir, dass der Dienstherr die Voraussetzungen schafft, dass sich extremistisches Gedankengut bei unserer Polizei nicht festsetzt oder ausbreitet. Deshalb halte ich es für wichtig, dass entschieden gegen rechtsextreme Netzwerke vorgegangen wird, wie zuletzt in Nordrhein-Westfalen. Dabei darf es aber keinen Generalverdacht geben.

Natürlich stehen Menschen, die im operativen Dienst des Staates tätig sind, unter besonderer Beobachtung. Was mir dabei aber besonders wichtig ist: Auch für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gilt die Unschuldsvermutung!

DPoIG – Bericht aus dem Hauptpersonalrat

Sehr geehrte Kollegen*innen,



die Corona-Pandemie hat sich elementar auf die Arbeit des höchsten Gremiums eurer Personalvertretung ausgewirkt. Es fanden monatelang keine Präsenzsitzungen statt. Die wichtigen, von landesweiter Bedeutung mitzubestimmenden Vorgänge wurden in schriftlichen Umlaufverfahren bearbeitet.

Am 17. und 18. September fand eine Sondersitzung des Hauptpersonalrates sowie erstmals und bisher einmalig auch eine Präsenzsitzung am 6. Oktober in den Räumlichkeiten des PP Westpfalz statt, zu der auch Innenminister Roger Lewentz persönlich erschienen ist. Die letzte Sitzung des HPRP fand am 3. November in Form einer Telefonschaltkonferenz statt.

Wir haben uns als DPoIG aktuell mit folgenden Themen in das Gremium eingebracht:

1. Bremssystem des Audi A4
 - a. Im Zusammenhang mit einer Einsatzfahrt berichteten die Kollegen, dass „...am 11.10.20 eine Einsatzfahrt durchgeführt wurde, an deren Ende die Bremsen in Flammen standen“.

Wie uns berichtet wurde, sind auch beim Mercedes -E-Klasse in Nachhinein die herkömmlichen Bremsscheiben durch innenbelüftete Bremsscheiben ersetzt worden. Wir haben den Vorstand des HPRP gebeten, sich dieser Thematik im Sinne der Sicherheit anzunehmen.

2. Abrechnung von Reisekosten

- a. Gemäß den Vorgaben des Reisekostenrechts sind Dienstreisende grundsätzlich zur Vorlage verpflichtet und rechnen im Nachgang mit der Reisekostenstelle ab. Insbesondere bei Abschiebungen hat dies nicht unerhebliche Auswirkungen auf den „Geldbeutel“ der Kollegen*innen.

Aktuell weist das Innenministerium auf die bestehende Regelungslage hin, so dass wir den Vorstand des HPRP auch hier darum gebeten haben, eine Sonderregelung mit dem Ministerium zu vereinbaren.

Wir für Euch!
So gut kann Gewerkschaft sein!

Impressum

Deutsche Polizeigewerkschaft Rheinland-Pfalz im DBB (DPoIG), Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz,
Telefon 06131-234488; www.dpolg-rlp.de; info@dpolg-rlp.de
V.i.S.d.P.: Landesgeschäftsführer Wolfgang Faber